W-04-147 Zum Besseren. Neues Wachstum für unser Land.

Antragsteller*in: KMV Hagen
Beschlussdatum: 11.11.2026

## Änderungsantrag zu W-04

Von Zeile 146 bis 148 einfügen:
ökologischen Grenzen einhält, das denjenigen zugutekommt, die es erarbeiten.

Ob Wachstum trägt, zeigt das Bruttoinlandsprodukt allein nicht. Unser Maßstab ist ein gutes Leben für alle innerhalb der ökologischen Grenzen, und daran messen wir Politik. Von 2022 bis 2025 enthielt der Jahreswirtschaftsbericht der Bundesregierung dafür ein eigenes Kapitel mit Wohlfahrtsindikatoren. 2026 hat die Bundesregierung es nicht fortgeführt. Wir wollen es wieder aufnehmen. Neben dem Wachstum soll es die Verteilung von Einkommen und Vermögen, Armut, Gesundheit, Bildung, Treibhausgasemissionen und den Zustand der Natur ausweisen.

## Begründung

Der Antrag stellt fest, dass das Bruttoinlandsprodukt auch steigt, wenn Wälder abgeholzt und Böden ausgelaugt werden (Z. 141 f.). Eine Folgerung zieht er daraus nicht. Die Ergänzung benennt den Maßstab und ein Instrument, das es bereits gab.

Das Bruttoinlandsprodukt misst den Wert aller Waren und Dienstleistungen, die in einem Jahr entstehen. Wie gerecht der Wohlstand verteilt ist und wie es der Natur geht, zeigt es nicht. Wohlfahrtsindikatoren ergänzen es um Kennzahlen zu Lebensqualität, Verteilung und Umwelt.

Jedes Jahr legt die Bundesregierung dem Bundestag ihren Jahreswirtschaftsbericht vor. Darin stellt sie ihre Wirtschaftspolitik dar. Das Bundeswirtschaftsministerium unter Robert Habeck hat 2022 Wohlfahrtsindikatoren in diesen Bericht aufgenommen (BT-Drs. 20/520). Der Jahreswirtschaftsbericht 2026 enthält das Kapitel nicht mehr. Die Bundesregierung verweist darauf, dass sich die meisten Indikatoren von Jahr zu Jahr kaum bewegten. Sie will prüfen, wie sie dem öffentlichen Interesse an einer breiten Wohlfahrtsbetrachtung künftig Rechnung trägt (BT-Drs. 21/3700, Tz. 19).

Die Aufzählung im Antragstext macht den Maßstab messbar. Verteilung und Natur greifen auf, was der Antrag in Z. 141–145 kritisiert. Armut, Gesundheit und Bildung stehen für ein gutes Leben für alle. Das Kapitel schreibt die Bundesregierung selbst. Für Unternehmen und Kommunen entsteht keine neue Berichtspflicht.